

# Gegen den Abbau der ambulanten medizinischen Versorgung

**Protestaktion der Thüringer Ärzte, Zahnärzte und Apotheker am 14. Dezember 2022 vor dem Thüringer Landtag**



Vor Beginn der letzten Landtagssitzung im Jahr 2022 bot sich vor dem Thüringer Landtag ein buntes Bild: nahezu 700 Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker protestierten gegen die aktuelle Gesundheitspolitik, die den leistungsstarken und grundversorgenden ambulanten vertragsärztlichen Sektor vollkommen ausblendet. Diskussionen um Stützungen auf der Klinikseite und Streichungen auf der Praxisseite ließen in den vergangenen Monaten vermuten, dass die vertragsärztliche Gesundheitsversorgung aktuell keinen Stellenwert hat.

Das Einstampfen der Neupatientenregelung trotz vieler Proteste und substanzieller Argumente für den Erhalt ist ein Schlag ins Gesicht der Vertragsärzte. Wir sind noch vor Kurzem damit gelockt worden, dass zusätzliche Arbeit zumindest mit dem vorgesehenen Punktwert vergütet wird, nun erfolgt die Rücknahme die-

ses wesentlichen Bestandteils des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG). Unser dezentral organisiertes Haus- und Facharzt-Versorgungssystem hat insbesondere in den Pandemie Jahren seine Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Praxen haben den Kollaps der Kliniken und Spezialversorger verhindert, denn Patienten wurden wohnortnah und individuell, haus- und fachärztlich auf hohem Niveau versorgt. Die Aussage von Minister Lauterbach, dass die im TSVG eingeführten Regelungen nicht zu einer Verbesserung der Versorgungsleistungen für gesetzlich Versicherte geführt haben, wird durch Versorgungsdaten des Zentralinstitutes der Kassenärztlichen Bundesvereinigung widerlegt. Ich empfehle hier die Lektüre der Originalstatistiken: [https://www.zi.de/fileadmin/images/content/Publikationen/Trendreport\\_7\\_Leistungsanspruchnahme\\_COVID\\_2022-12-08.pdf](https://www.zi.de/fileadmin/images/content/Publikationen/Trendreport_7_Leistungsanspruchnahme_COVID_2022-12-08.pdf)

In den vergangenen Jahren sind wir als Vertragsärzte und -psychotherapeuten also in Erwartung der dafür notwendigen Wertschätzung und Vergütung in Vorleistung gegangen. Einen echten Inflationsausgleich erlebten wir auch vor den Pandemie Jahren nie, das Ergebnis der aktuellen Honorarverhandlungen ist angesichts der Kosten und der vermissten Steigerungsraten in den vergangenen Jahren ein Hohn. Mittlerweile gestalten sich die Verhandlungen zur Honorarvereinbarung der Ärzte mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen offenbar immer schwieriger. Dabei sollten doch die Kostenträger dankbar sein für die selbst bei Vergütung der Echtbeträge kostengünstige Versorgung ihrer Versicherten im Vergleich zu den Beträgen, die eine Klinikbehandlung aufruft.

Wir erleben stattdessen aber eine destruktive Sparpolitik, die die ambulante Versorgung von Patientinnen und Patienten immer unattraktiver macht. Wir leiden unter vielfältigen unvermeidbaren Vorgaben: die verpflichtende Einführung nicht funktionierender digitaler Verwaltungselemente zu unseren Kosten, uneffektive zentralistische Patientenplanung durch kassenärztlich finanzierte Terminservicestellen, Regressdrohungen, eklatant unterfinanzierte Arztleistungen u. v. m. Wie alle anderen Branchen müssen die Praxisinhaber um das schwindende Personal bangen und gleichzeitig die hohen Energiekosten stemmen. Trotz der zunehmenden Widrigkeiten haben die Praxen in den vergangenen Jahren aber funktioniert. Dort wurde getestet, geimpft, Patienten wurden weiterhin diagnostiziert und behandelt. Wenn Kliniken einen Aufnahme-stopp ausriefen oder Patienten noch zeitiger nach einer stationären Behandlung nach Hause entlassen wurden, traten die Vertragsärzte auf den Plan und haben sich um eine nahtlose Versorgung bemüht. Damit ist u. a. die Infektbegrenzung gut gelungen. Vertragsärzte haben nicht aus dem Homeoffice agiert, sondern am Patienten gestanden. Nur durch unsere Präsenz und Effektivität kam und kommt es nicht zum Kollaps in den Kliniken!

## Fehlende Wertschätzung der Arbeit

Die fehlende Wertschätzung dieser unserer Arbeit in den vergangenen Jahren hat aber Folgen. Selbst wenn junge Menschen mit Enthusiasmus den Arztberuf ergreifen und das Studium erfolgreich beenden, wirkt die Arbeitsrealität mit Personalmangel in allen Berufsgruppen nicht motivierend, Frust über die wachsende Arbeitsbelastung und die fehlende Wertschätzung in der Öffentlichkeit sowie die wachsende Arbeitsverdichtung sind ein Ausdruck dafür. Junge Kollegen suchen nach Nischen für ihr Berufsleben, in denen sie gesund alt werden können. Ältere Kollegen suchen nach Auswegen, die zehrende Arbeitswirklichkeit der ambulanten Praxis zu verlassen. Es wird immer schwieriger, Praxisnachfolger zu finden.

Wer nun meint, die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung könne durch Klinikambulanzen übernommen werden, der möge sich die tatsächliche Personalausstattung der Kliniken genau ansehen. Es herrscht Facharztmangel an allen Kliniken. Die Versorgung wird oft durch Ärzte in Weiterbildung übernommen, die sich nicht selten überfordert fühlen. Es herrscht damit ein Qualitätsunterschied in der Versorgung. Ambulant-vertragsärztlich erfolgt nach Facharztstandard – diese Besonderheit des Deutschen Gesundheitssystems (in fast allen Ländern existiert keine ambulante fachärztliche Versorgung, diese kann nur in Klinikambulanzen geleistet werden) ist ein hohes Gut, das nun (unwissend?) riskiert wird. Alle, die sich z. B. am NHS in Großbritannien orientieren wollen, sollten die Existenznöte der in diesem System Tätigen und der Patienten, die in Großbritannien lange Wartezeiten auf aus unserer Sicht zur Routine gehörende Interventionen ertragen müssen, anhören!

Es gibt also gute Gründe, gegen die Angriffe auf unsere Arbeit und unseren effizienten Gesundheits-Leistungssektor zu protestieren.

Dem Protest im Dezember 2022 haben sich sehr schnell die Zahnärzte angeschlossen, die auf ein Praxissterben sowie die drohende Unterversorgung in

ihrem Bereich aufmerksam machen. Die Systematik ist überall gleich. Von der Öffentlichkeit kaum realisiert, kommt es zu einem Ärzte-Bashing, da die vermeintlich notwendigen Einsparungen „Besserverdienende“ treffen. Undiskutiert bleibt dabei die Gefährdung von Arbeitsplätzen, denn wenn Praxen schließen, stehen alle Mitarbeiter ggf. auf der Straße. Dass der Kranke weite Wege zu einer Klinikambulanz und Wartezeiten in Ambulanzen auf sich nehmen muss, um versorgt zu werden, ist in den Regionen schon Realität, in denen das Praxissterben einen kritischen Punkt erreicht hat. Insbesondere die hausärztliche Versorgung ist davon betroffen, zunehmend sehen wir aber auch fachärztlich unterversorgte große Regionen. Wer einmal wegen einer Bagatellerkrankung über viele Stunden in einer Notfallambulanz gesessen hat und sich überlegt hat, wie die Behandlung beim Haus- oder Facharzt in der Nähe hätte aussehen können, kann eine Leidenschaft für die zentralistische Versorgungsstruktur der Vorwendezeit kaum aufbringen.

Aktuell sind Praxisschließungen und Arzneimittelknappheit an der Tagesordnung. Die Patientinnen und Patienten erleben wir Ärzte als zunehmend verängstigt, aber auch fordernd. Nicht nur Toilettenpapier, auch Fieber- und Kreislaufmedikamente werden mittlerweile gehortet. Wir werden weder von der Cannabislegalisierung noch von Beschlüssen zum Schutze unserer Umwelt kurzfristig eine Verbesserung der medizinischen Versorgung erwarten dürfen. Wir fordern die Politiker des Landes auf: Beschäftigen Sie sich mit dem brisanten Thema „Ambulante Gesundheitsversorgung“! Sprechen Sie mit den Expertinnen und Experten aus diesem Bereich und suchen Sie nach umsetzbaren Lösungen für den Erhalt der noch hervorragenden Versorgungsstrukturen in Deutschland!

## Was wurde mit der Protestaktion erreicht?

Eine Protestaktion, wie sie am 14. Dezember 2022 stattgefunden hat, kann kurzfristig die seit Jahrzehnten gerisse-

nen Versorgungslücken nicht schließen. Die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen im Landtag haben sich nach Schilderung der brisanten Situation in den oben genannten Versorgungsbereichen nach der Ministerin Heike Werner zu Wort gemeldet, und bei vielen Politikern konnten wir Verständnis für unsere Situation hören. Ob und in welcher Weise Möglichkeiten der Unterstützung bestehen, blieb auch nach der kraftvollen Protestaktion im Nebel.

Zumindest haben wir erreicht, dass die Tagesordnung der Landtagssitzung am 14. Dezember 2022 das ambulante Versorgungsproblem aufrief und der Landtag darüber direkt im Anschluss an die Protestaktion beraten hat. Wir haben also eine Wachheit erreicht, die es ohne die Demonstration nicht gegeben hätte. Darauf müssen wir nun aufbauen. Weiterführende Gespräche mit den Gesundheitsexperten der Fraktionen sind dafür in Planung.

Bedeutsam wird aber sein, in welcher Weise sich die gesamte Ärzteschaft in den kommenden Monaten engagiert. Wäre nur die Hälfte der Vertragsärzte in Thüringen dem Protestaufruf gefolgt, hätte der Platz vor dem Landtag in Erfurt nicht ausgereicht. Mit 700 Teilnehmern in Thüringen wurde zwar die größte ärztliche Protestaktion der vergangenen Monate in Deutschland auf die Beine gestellt, wir sind aber zahlenmäßig als Ärzte eine deutlich größere Gruppe.

Die Resonanz der Politiker und auch der Medien zeigt, dass wir in dieser Weise wieder und noch stärker auf uns aufmerksam machen müssen. Unsere leistungsstarke Versorgungspräsenz für die Patientinnen und Patienten in Thüringen und ganz Deutschland müssen wir selbstbewusst darstellen und gemeinsam für den Erhalt dieser sowie für gute Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte in den Praxen kämpfen.

Dr. med. Sabine Köhler  
Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie  
Vorsitzende der GGB Thüringen

## Gemeinsamer Protest der ambulanten Leistungsträger am 14. Dezember 2022: Gegen den Abbau der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung in Thüringen

(Erfurt) Mehr als 600 Ärzte, Psychotherapeuten, Zahnärzte und Apotheker haben am 14. Dezember 2022 vor dem Thüringer Landtag in Erfurt gegen den Abbau der ambulanten Versorgung protestiert, weil sie die wohnortnahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger durch einen Sparkurs von Politik und Krankenkassen sowie durch Überlastung unnötiger Bürokratie bedroht sehen. Zum Protest aufgerufen hatten die fachärztlichen und zahnärztlichen Berufsverbände Thüringens sowie der Thüringer Apothekerverband, die von der KV Thüringen und der Landesapothekerkammer Thüringen unterstützt worden sind. Zahlreiche Redner stellten die Probleme dar. Dr. Sabine Köhler, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie in Jena, äußerte: „Die fehlende Wertschätzung der Politik macht die Sparrunden, die die Krankenkassen den Ärzten anbieten, salonfähig.“ Dr. Denise Lundershausen, Hals-Nasen-Ohren-Ärztin in Erfurt forderte Respekt und „ein Ende der Sparpolitik und echte finanzielle Unterstützung für die ambulante Versorgung der Patient\*innen in Thüringen.“ Dr. Ulf Zitterbart, Facharzt für Allgemeinmedizin in Kranichfeld, bemängelte, dass 100.000 Bürgerinnen und Bürger des Freistaates in ihrer Nähe keine Praxis für Allgemeinmedizin fänden. „Konzepte gegen diesen Mangel dürfen nicht in den Schubladen liegen bleiben.“



Geballter Protest.



Zahlreiche Redner bei der Protestaktion, u. a. Dr. Sabine Köhler. Fotos: KVT.

[www.aerzteblatt-thueringen.de](http://www.aerzteblatt-thueringen.de)

# Gegen den Abbau der ambulanten medizinischen Versorgung

**Protestaktion der Thüringer Ärzte, Zahnärzte und Apotheker am 14. Dezember 2022 vor dem Thüringer Landtag**



Vor Beginn der letzten Landtagssitzung im Jahr 2022 bot sich vor dem Thüringer Landtag ein buntes Bild: nahezu 700 Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker protestierten gegen die aktuelle Gesundheitspolitik, die den leistungsstarken und grundversorgenden ambulanten vertragsärztlichen Sektor vollkommen ausblendet. Diskussionen um Stützungen auf der Klinikseite und Streichungen auf der Praxisseite ließen in den vergangenen Monaten vermuten, dass die vertragsärztliche Gesundheitsversorgung aktuell keinen Stellenwert hat.

Das Einstampfen der Neupatientenregelung trotz vieler Proteste und substanzieller Argumente für den Erhalt ist ein Schlag ins Gesicht der Vertragsärzte. Wir sind noch vor Kurzem damit gelockt worden, dass zusätzliche Arbeit zumindest mit dem vorgesehenen Punktwert vergütet wird, nun erfolgt die Rücknahme die-

ses wesentlichen Bestandteils des Terminservice- und Versorgungsgesetzes (TSVG). Unser dezentral organisiertes Haus- und Facharzt-Versorgungssystem hat insbesondere in den Pandemie Jahren seine Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Praxen haben den Kollaps der Kliniken und Spezialversorger verhindert, denn Patienten wurden wohnortnah und individuell, haus- und fachärztlich auf hohem Niveau versorgt. Die Aussage von Minister Lauterbach, dass die im TSVG eingeführten Regelungen nicht zu einer Verbesserung der Versorgungsleistungen für gesetzlich Versicherte geführt haben, wird durch Versorgungsdaten des Zentralinstitutes der Kassenärztlichen Bundesvereinigung widerlegt. Ich empfehle hier die Lektüre der Originalstatistiken: [https://www.zi.de/fileadmin/images/content/Publikationen/Trendreport\\_7\\_Leistungsanspruchnahme\\_COVID\\_2022-12-08.pdf](https://www.zi.de/fileadmin/images/content/Publikationen/Trendreport_7_Leistungsanspruchnahme_COVID_2022-12-08.pdf)

In den vergangenen Jahren sind wir als Vertragsärzte und -psychotherapeuten also in Erwartung der dafür notwendigen Wertschätzung und Vergütung in Vorleistung gegangen. Einen echten Inflationsausgleich erlebten wir auch vor den Pandemie Jahren nie, das Ergebnis der aktuellen Honorarverhandlungen ist angesichts der Kosten und der vermissten Steigerungsraten in den vergangenen Jahren ein Hohn. Mittlerweile gestalten sich die Verhandlungen zur Honorarvereinbarung der Ärzte mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen offenbar immer schwieriger. Dabei sollten doch die Kostenträger dankbar sein für die selbst bei Vergütung der Echtbeträge kostengünstige Versorgung ihrer Versicherten im Vergleich zu den Beträgen, die eine Klinikbehandlung aufruft.

Wir erleben stattdessen aber eine destruktive Sparpolitik, die die ambulante Versorgung von Patientinnen und Patienten immer unattraktiver macht. Wir leiden unter vielfältigen unvermeidbaren Vorgaben: die verpflichtende Einführung nicht funktionierender digitaler Verwaltungselemente zu unseren Kosten, uneffektive zentralistische Patientenplanung durch kassenärztlich finanzierte Terminservicestellen, Regressdrohungen, eklatant unterfinanzierte Arztleistungen u. v. m. Wie alle anderen Branchen müssen die Praxisinhaber um das schwindende Personal bangen und gleichzeitig die hohen Energiekosten stemmen. Trotz der zunehmenden Widrigkeiten haben die Praxen in den vergangenen Jahren aber funktioniert. Dort wurde getestet, geimpft, Patienten wurden weiterhin diagnostiziert und behandelt. Wenn Kliniken einen Aufnahme-stopp ausriefen oder Patienten noch zeitiger nach einer stationären Behandlung nach Hause entlassen wurden, traten die Vertragsärzte auf den Plan und haben sich um eine nahtlose Versorgung bemüht. Damit ist u. a. die Infektbegrenzung gut gelungen. Vertragsärzte haben nicht aus dem Homeoffice agiert, sondern am Patienten gestanden. Nur durch unsere Präsenz und Effektivität kam und kommt es nicht zum Kollaps in den Kliniken!

## Fehlende Wertschätzung der Arbeit

Die fehlende Wertschätzung dieser unserer Arbeit in den vergangenen Jahren hat aber Folgen. Selbst wenn junge Menschen mit Enthusiasmus den Arztberuf ergreifen und das Studium erfolgreich beenden, wirkt die Arbeitsrealität mit Personalmangel in allen Berufsgruppen nicht motivierend, Frust über die wachsende Arbeitsbelastung und die fehlende Wertschätzung in der Öffentlichkeit sowie die wachsende Arbeitsverdichtung sind ein Ausdruck dafür. Junge Kollegen suchen nach Nischen für ihr Berufsleben, in denen sie gesund alt werden können. Ältere Kollegen suchen nach Auswegen, die zehrende Arbeitswirklichkeit der ambulanten Praxis zu verlassen. Es wird immer schwieriger, Praxisnachfolger zu finden.

Wer nun meint, die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung könne durch Klinikambulanzen übernommen werden, der möge sich die tatsächliche Personalausstattung der Kliniken genau ansehen. Es herrscht Facharztmangel an allen Kliniken. Die Versorgung wird oft durch Ärzte in Weiterbildung übernommen, die sich nicht selten überfordert fühlen. Es herrscht damit ein Qualitätsunterschied in der Versorgung. Ambulant-vertragsärztlich erfolgt nach Facharztstandard – diese Besonderheit des Deutschen Gesundheitssystems (in fast allen Ländern existiert keine ambulante fachärztliche Versorgung, diese kann nur in Klinikambulanzen geleistet werden) ist ein hohes Gut, das nun (unwissend?) riskiert wird. Alle, die sich z. B. am NHS in Großbritannien orientieren wollen, sollten die Existenznöte der in diesem System Tätigen und der Patienten, die in Großbritannien lange Wartezeiten auf aus unserer Sicht zur Routine gehörende Interventionen ertragen müssen, anhören!

Es gibt also gute Gründe, gegen die Angriffe auf unsere Arbeit und unseren effizienten Gesundheits-Leistungssektor zu protestieren.

Dem Protest im Dezember 2022 haben sich sehr schnell die Zahnärzte angeschlossen, die auf ein Praxissterben sowie die drohende Unterversorgung in

ihrem Bereich aufmerksam machen. Die Systematik ist überall gleich. Von der Öffentlichkeit kaum realisiert, kommt es zu einem Ärzte-Bashing, da die vermeintlich notwendigen Einsparungen „Besserverdienende“ treffen. Undiskutiert bleibt dabei die Gefährdung von Arbeitsplätzen, denn wenn Praxen schließen, stehen alle Mitarbeiter ggf. auf der Straße. Dass der Kranke weite Wege zu einer Klinikambulanz und Wartezeiten in Ambulanzen auf sich nehmen muss, um versorgt zu werden, ist in den Regionen schon Realität, in denen das Praxissterben einen kritischen Punkt erreicht hat. Insbesondere die hausärztliche Versorgung ist davon betroffen, zunehmend sehen wir aber auch fachärztlich unterversorgte große Regionen. Wer einmal wegen einer Bagatellerkrankung über viele Stunden in einer Notfallambulanz gesessen hat und sich überlegt hat, wie die Behandlung beim Haus- oder Facharzt in der Nähe hätte aussehen können, kann eine Leidenschaft für die zentralistische Versorgungsstruktur der Vorwendezeit kaum aufbringen.

Aktuell sind Praxisschließungen und Arzneimittelknappheit an der Tagesordnung. Die Patientinnen und Patienten erleben wir Ärzte als zunehmend verängstigt, aber auch fordernd. Nicht nur Toilettenpapier, auch Fieber- und Kreislaufmedikamente werden mittlerweile gehortet. Wir werden weder von der Cannabislegalisierung noch von Beschlüssen zum Schutze unserer Umwelt kurzfristig eine Verbesserung der medizinischen Versorgung erwarten dürfen. Wir fordern die Politiker des Landes auf: Beschäftigen Sie sich mit dem brisanten Thema „Ambulante Gesundheitsversorgung“! Sprechen Sie mit den Expertinnen und Experten aus diesem Bereich und suchen Sie nach umsetzbaren Lösungen für den Erhalt der noch hervorragenden Versorgungsstrukturen in Deutschland!

## Was wurde mit der Protestaktion erreicht?

Eine Protestaktion, wie sie am 14. Dezember 2022 stattgefunden hat, kann kurzfristig die seit Jahrzehnten gerisse-

nen Versorgungslücken nicht schließen. Die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen im Landtag haben sich nach Schilderung der brisanten Situation in den oben genannten Versorgungsbereichen nach der Ministerin Heike Werner zu Wort gemeldet, und bei vielen Politikern konnten wir Verständnis für unsere Situation hören. Ob und in welcher Weise Möglichkeiten der Unterstützung bestehen, blieb auch nach der kraftvollen Protestaktion im Nebel.

Zumindest haben wir erreicht, dass die Tagesordnung der Landtagssitzung am 14. Dezember 2022 das ambulante Versorgungsproblem aufrief und der Landtag darüber direkt im Anschluss an die Protestaktion beraten hat. Wir haben also eine Wachheit erreicht, die es ohne die Demonstration nicht gegeben hätte. Darauf müssen wir nun aufbauen. Weiterführende Gespräche mit den Gesundheitsexperten der Fraktionen sind dafür in Planung.

Bedeutsam wird aber sein, in welcher Weise sich die gesamte Ärzteschaft in den kommenden Monaten engagiert. Wäre nur die Hälfte der Vertragsärzte in Thüringen dem Protestaufruf gefolgt, hätte der Platz vor dem Landtag in Erfurt nicht ausgereicht. Mit 700 Teilnehmern in Thüringen wurde zwar die größte ärztliche Protestaktion der vergangenen Monate in Deutschland auf die Beine gestellt, wir sind aber zahlenmäßig als Ärzte eine deutlich größere Gruppe.

Die Resonanz der Politiker und auch der Medien zeigt, dass wir in dieser Weise wieder und noch stärker auf uns aufmerksam machen müssen. Unsere leistungsstarke Versorgungspräsenz für die Patientinnen und Patienten in Thüringen und ganz Deutschland müssen wir selbstbewusst darstellen und gemeinsam für den Erhalt dieser sowie für gute Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte in den Praxen kämpfen.

Dr. med. Sabine Köhler  
Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie  
Vorsitzende der GGB Thüringen